

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

4.6.1932 (No. 128)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 3515

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. K. K. K.

Verlagspreis: Monatlich 3 Reichsmark. Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Der Reichstag aufgelöst

Die Begründung durch das Reichskabinett von Papen

Die Regierungsverkündung

WTB. Berlin, 4. Juni. (Tel.) Die Regierungsverkündung des Kabinetts von Papen hat folgenden Wortlaut:

In einer der schwersten Stunden der vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt.

Das deutsche Volk steht in einer seelischen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der bornige Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind ungeheuer. Sie können nur ertragen werden, wenn es gelingt, die seelischen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen und staatsverhaltenden, kurzum aller nationalen Kräfte zu finden.

Reichskanzler Dr. Brüning hat als erster den Mut gehabt, eine klare Bilanz der Lage zu fordern, in die uns in ersten Linie der Versailles Vertrag und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, wie auch die Mißwirtschaft der Parliamentsdemokratie gebracht haben. Diese Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen: Die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preußens und der Mehrzahl aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung — Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation — ist über schwache Ansätze hinausgekommen. Die Sozialversicherungen stehen vor dem Bankrott. Die ständig gewachsene Arbeitslosigkeit geht trotz allen Arbeitswillens der besten Kräfte am Marke des deutschen Volkes.

Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.

Der hieraus zwangsläufig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, verschärft durch den ungeligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturholismus, der wie ein fressendes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Einhalt geboten werden. Zu tief ist schon in alle kulturellen Gebiete des öffentlichen Lebens die Zersetzung atheistisch-marksistischer Denkmuster eingedrungen, weil die Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren. Die Reinheit des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Wege der Kompromisse um der Parität willen gewahrt oder wiederhergestellt werden. Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unzerstörlichen Grundzüge der christlichen Weltanschauung aufzubauen zu helfen.

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und der Nation, die Leitung der Geschicke des Landes übernimmt, ist tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. Sie wird nicht zögern, den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere auch der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land, unerbittlich aufzunehmen.

Damit die Zahlungen der nächsten Tage und Wochen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates geleistet werden können, ist die Regierung gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Notmaßnahmen zu erlassen. Im übrigen macht die Regierung in dieser Stunde keine Versprechungen. Sie wird handeln, und man soll sie nach ihren Taten beurteilen.

Auf außenpolitischem Gebiete ergeben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus den im Gange befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Abrüstung, der Reparationen und der allgemeinen Wirtschaftskrise. Bei allen diesen Problemen stehen höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiele. Unser Ziel ist, in friedlichem Zusammenwirken mit den anderen Nationen unserem Vaterlande endlich volle Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu verschaffen. Nur ein gleichberechtigtes, freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland kann zur Gesundung der Welt beitragen.

Freilich können alle Bemühungen um die Wohlfahrt der Völker sich nur dann auswirken, wenn es gelingt, gleichzeitig

Das Auflösungsdekret erlassen

CNB. Berlin, 4. Juni (Priv.-Tel.) Wie wir hören ist das Auflösungsdekret dem Reichstagspräsidenten Loebe gegen 13 Uhr zugegangen. Der Reichstag ist damit aufgelöst. Der Termin für die Neuwahl ist noch nicht festgesetzt.

Das Reichskabinett hatte in seiner Sitzung am Freitagabend beschlossen, dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstags vorzuschlagen, ohne den Reichstag nochmals vorher einzuberufen. Das Reichskabinett trat dann heute, Samstagvormittag, zusammen, um die Regierungserklärung fertigzustellen.

Aber den Termin der Neuwahl ist bisher amtlich noch nichts mitgeteilt worden. Wahrscheinlich findet die Wahl in der letzten Hälfte des Monats Juli statt.

Finanzen und Arbeitsbeschaffung

Wie weiter gemeldet wird, wird sich das Reichskabinett mit besonderer Beschleunigung dem Problem der Sicherung der Finanzen und der Arbeitsbeschaffung annehmen. Es ist anzunehmen, daß die geistige Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Kanzler bereits diesen Problemen galt. Bei seinen Beratungen wird das Kabinett prüfen, wie weit noch die vom Kabinett Brüning ausgearbeitete Notverordnung für die Reichsregierung notwendig erscheinenden Maßnahmen heranzuziehen ist. Soweit es sich um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit handelt, erstrecken sich diese Maßnahmen auch auf die Jugendlichen. Man rechnet damit, daß das Kabinett beabsichtigt sein wird, daß die Notverordnung bereits in der kommenden Woche veröffentlicht werden wird.

Eine Frage, die in der Öffentlichkeit außerordentlich lebhaft diskutiert wird, ist die Aufhebung des SA-Verbotes. Sicher ist jedenfalls, daß das SA-Verbot in seiner gegenwärtigen Form nicht bestehen bleiben wird und daß die Ausnahmebestimmung, die das SA-Verbot im Verhältnis zu anderen Verbänden einnimmt, beseitigt werden wird.

Der „Völkische Beobachter“ zum Auflösungsbeschluss

WTB. München, 4. Juni. (Tel.) Zu dem Beschluss des Reichskabinetts, den Reichspräsidenten um Auflösung des Reichstages zu ersuchen, schreibt der „Völkische Beobachter“: „Die jetzige Regierung hat das getan, was von allen Seiten erwartet wurde. Es ist selbstverständlich, daß die Reichstagswahlen entscheidend sein werden. Das weiß der Nationalsozialismus, das wissen ebenso seine Gegner, die einen nie gesehenen Ansturm gegen ihre letzten Herrschaftspositionen erleben werden. Die NSDAP ist für diesen Entscheidungs-kampf gerüstet. Unser Schlag wird vernichtend sein; das erwartet das deutsche Volk, das erwartet die ganze Welt. Die für diesen Vernichtungsschlag notwendige Konzentration der äußersten Kraft wird Ehrenpflicht aller Nationalsozialisten in den kommenden Wochen sein.“

Eröffnung des neuen memelländischen Landtags

WTB. Memel, 4. Juni. (Tel.) Heute vormittag wurde der am 4. Mai neu gewählte memelländische Landtag durch den neuen Gouverneur Gylis eröffnet. Der neue Gouverneur verlas die Eröffnungserklärung in litauischer und dann in deutscher Sprache und verließ, nachdem er den ältesten Abgeordneten um Übernahme des Präsidiums gebeten hatte, die Sitzung. Bei den anschließenden Wahlen wurde gewählt: Zum Präsidenten der Abg. von Dreßler, der Präsident des früheren Landtags war, zum ersten Vizepräsidenten der Abg. Meyer, der gleichfalls dem früheren Landtag angehört hat, zum zweiten Vizepräsidenten der Abg. Waschkies. Die nächste Sitzung wird nach Bildung des neuen Direktoriums, die in diesen Tagen erfolgen dürfte, stattfinden.

die wirtschaftlichen Störungen auf dem Gebiete des Geld- und Kapitalverkehrs und des Warenaustausches, die gegenwärtig die Welt in Unruhe setzen, zu beseitigen.

Die Reichsregierung wird an allen Bestrebungen mitzugewinnen bereit sein, die diesem Ziele dienen.

Die Grundlage und Voraussetzung aber jeder wirksamen außenpolitischen Vertretung unserer nationalen Interessen, über die es Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt, ist die Verbessung der innenpolitischen Klarheit.

Aus allen diesen Gründen hat sich der Herr Reichspräsident entschlossen, dem Antrage der Reichsregierung stattzugeben, den Reichstag aufzulösen.

Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist. Die Regierung wird, unabhängig von Parteien, den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands führen.

\* Zur politischen Lage

Der Kurswechsel

Die vergangene Woche wird als eine Schicksalswoche in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben. Denn sie hat uns mit dem Sturze des Kabinetts Brüning und mit der Bildung des neuen Kabinetts von Papen einen Kurswechsel gebracht, wie er bedeutungsvoller in der neueren politischen Geschichte nur selten erlebt worden ist. Zwar liegen einschneidende Kabinettsbeschlüsse sachlicher Art noch nicht vor; aber auch Personen sind Programme. Und da braucht man denn über das Programm des neuen Kabinetts, wenn man sich die Persönlichkeiten ansieht, die es bilden, nicht einen Augenblick im Unklaren zu sein.

Aber ganz abgesehen davon, kennzeichnet schon allein die Tatsache des Sturzes Brünings den gewaltigen Umschwung der Verhältnisse. Auch hier bedeutete der Name Brüning ein Programm, und zwar ein recht fest umrissenes Programm. Nie hat Brüning ein Gebl daraus gemacht, daß er zur Durchführung dieses seines Programms Zeit gebrauchen würde. Er selbst glaubte, wie aus einer seiner letzten Reden hervorgeht, nicht mehr allzu weit vom Ziele zu sein. Um so auffällender mußte deshalb sein Rücktritt erscheinen.

Begreiflich wird dieser Rücktritt nur dann, wenn man von der Annahme ausgeht, daß Reichspräsident von Hindenburg in den letzten Wochen seine Beurteilung der allgemeinen politischen Lage gänzlich gewandelt hat. Und eine solche Wandlung hat sich offenbar in der Auffassung Hindenburgs vermindert, daß Dr. Brüning und sein Kabinett das gesteckte Ziel nicht werde erreichen können, daß die tatsächlichen Erfolge gegen ihn sprächen, und daß sich eine wachsende Mehrheit des deutschen Volkes von ihm abwende. Wir müssen es uns versagen, der Behauptung beizupflichten, daß es Intrigen und Ohrenbläserien gewesen seien, die den Reichspräsidenten umgestimmt hätten. Wir müssen uns schon um der Loyalität willen an die Überzeugung halten, daß der Reichspräsident auf Grund sachlicher Erwägungen und auf Grund von Erkenntnissen, die er zum mindesten subjektiv für durchaus einwandfrei hielt, den Entschluß gefaßt hat, sich von Brüning zu trennen und einen Kurswechsel einzuleiten. Wir haben bereits am Dienstag an dieser Stelle auf die erschütternde Tragik hingewiesen, die sich in diesem geschichtlichen Vorgang offenbart.

Der Angelpunkt, um den sich alles drehte, war natürlich das Verhältnis des Kabinetts Brüning zu den Nationalsozialisten. Ein Kurswechsel, das heißt der Übergang zu einer Politik unter Einbeziehung der äußersten Rechten, war von vornherein mit dem Kabinett Brüning nicht möglich, weil das Kabinett selbst es abgelehnt hätte, die Wünsche der Rechten zu erfüllen, und weil die äußerste Rechte sich ihrerseits auf die Parole, Brüning unter allen Umständen zu stützen, förmlich verbißten hatte. Entschloß sich also der Reichspräsident zu einer Politik des Entgegenkommens gegenüber der äußersten Rechten, dann konnte der Sturz des Kabinetts Brüning kaum noch vermieden werden.

Daß bei alledem noch eine Reihe gewichtiger, anderer Momente mitgesprochen hat, ist bekannt. Die Tatsache der neuen Notverordnung und gewisser Einzelheiten daraus, die dem Reichspräsidenten nicht gefallen wollten, die Katastrophe der Sozialversicherung, die Entscheidung des Oberreichsanwalts in Sachen der Anklage gegen den Nationalsozialismus wegen Landesverrats, Widersprüche in der Finanzpolitik Dietrichs, Gegenfälle zwischen dem Reichspräsidenten und Stegerwald bezüglich der Organisation des in der Notverordnung vorgesehenen Siedlungswerks, das Auftreten Groeners im Reichstag, das Resultat der oldenburgischen Landtagswahlen: alle diese Dinge und noch einige andere mehr haben sicherlich bei den Entscheidungen zu Beginn der verfloffenen Woche eine Rolle gespielt.

Daß es dem Reichspräsidenten nicht leicht gefallen ist, sich von Brüning trennen zu müssen, geht auch aus dem Dankschreiben hervor, das Herr von Hindenburg an ihn gerichtet hat. Wenn hier der „lautere Charakter Brünings, seine umfassenden Kenntnisse und seine selbstlose Hingabe an die übernommene Pflicht“ gerühmt werden, dann darf der Reichspräsident gewiß sein, daß diese Beurteilung Brünings auch einstmals in die Geschichtsschreibung übergehen wird. Brüning wird persönlich in der deutschen Geschichte fortleben als ein

Kanzler, der für seine unsagbar schwere Aufgabe die besten und edelsten Eigenschaften des Geistes und des Charakters mitbrachte.

In einer Beziehung hat das neue Kabinett bereits über sein Programm dankenswerte Klarheit geschaffen: es sollen keinerlei Währungsversuche vorgenommen werden; es sollen überhaupt auf dem Gebiete der Währungs- und Kreditpolitik gar keine Maßnahmen in Frage kommen, aus denen sich eine Gefahr für den Bestand der Währung ergeben könnte. Bereits am Donnerstag hat der neue Reichskanzler den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther zu einer eingehenden Unterredung empfangen und hierbei eine völlige Übereinstimmung mit ihm erzielt. Wenn also mit Recht von einem Kurswechsel gesprochen wird, so soll doch die Währung von diesem politischen Kurswechsel völlig unberührt bleiben!

Politisch außerordentlich bedeutsam ist eine Kundgebung, die der neue Reichswehrminister, von Schleicher, an die Reichswehr erlassen hat. Der Minister erklärt darin, er werde dafür sorgen, daß „diejenigen geistigen und physischen Kräfte unseres Volkes gestärkt werden, welche die unentbehrliche Grundlage der Landesverteidigung bilden“. Der Satz ist nicht anders zu verstehen, als daß der Reichswehrminister sein Amt in engster Anlehnung an die Nationalsozialistische Partei führen wird.

Für die Beurteilung dessen, was in der nächsten Zeit geschehen wird, ist eine Rede Hitlers beachtenswert, die er gestern in Schwerin gehalten hat. In dieser Rede sagt Hitler, „in den nächsten Tagen werde eine Bilanz vorgelegt werden, die schonungslos enthülle, wie es tatsächlich in Deutschland aussehe. Es würden Maßnahmen durchgeführt werden müssen von einer solchen Größe, daß sie nur dann in die Tat umgesetzt werden könnten, wenn hinter ihnen die Zuversicht des ganzen deutschen Volkes stehe. Keine Regierung könne das wieder vollbringen, plötzlich Deutschland wieder zur Größe zurückzuführen, bevor nicht erst im Innern Ordnung geschaffen sei. 75 Prozent unserer städtischen Bevölkerung müßten begreifen lernen, daß die Lebensbasis unseres Volkes die deutsche Landwirtschaft sei. Aber Deutschland könne nicht geholfen werden, wenn nicht die Millionenarbeit deutscher Arbeiter mitwirke.“

#### Das neue Kabinett von Papen

Es gibt sicherlich niemanden, der bestreiten wird, daß erstens das neue Kabinett mit vorbildlicher Schnelligkeit gebildet worden ist, und zweitens, daß dieses Kabinett eine Reihe von Persönlichkeiten enthält, die, mögen sie auch politisch auf der Rechten stehen, doch allenthalben den Ruf genießen, charaktervolle Männer und Sachleute von gebiegenem Wissen zu sein. Die schärfste Kritik hat sich bisher dem neuen Reichskanzler selbst gegenüber bemerkbar gemacht, und zwar von Seiten der Zentrumsparlei.

Vom Standpunkt der Partei und der Parteidisziplin aus gesehen, war es natürlich verblüffend, daß ausgerechnet ein Mitglied der Zentrumsparlei an Stelle des gestürzten Dr. Brüning den Auftrag zur Bildung des neuen Kabinetts akzeptierte, mochte dieser Zentrumsmann auch auf dem äußersten rechten Flügel seiner Partei stehen und sich bei mancher Gelegenheit öffentlich bezeugt in Gegensatz zur offiziellen Politik der Partei gestellt haben. Jedenfalls wird man den Groll der Zentrumsparlei durchaus begreifen können.

Sollte der neue Reichskanzler, Herr von Papen, selber geglaubt haben, daß er mit seinem Schritt die Zentrumsparlei nicht allzu sehr brüskieren würde, und daß es ihm in kurzer Zeit gelingen könnte, sie wieder zu ver-

#### Vollschauspiel Detigheim!

Das Spielwerk Detigheim, in dem seit 25 Jahren eines der wertvollsten Volksschauspiele zur Darstellung gebracht wird, wird trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage, nicht zuletzt zur Erhaltung der mit großen Opfern erstellten Bühnenanlage, das Spiel auch im heurigen Notjahr weiterführen. Mit dem „Toll“-Spiel hat Detigheim seinen Aufstieg begründet, und wieder ist es der „Toll“, der in schwerer Zeit der Spielgemeinde zum Retter werden soll. Vermöge eines großen Spielapparats mit 700 Mitwirkenden, gesteigert durch Verwendung von etwa 80 Pferden und Vieh aller Art, wird der „Toll“ auf der Detigheimer Bühne wieder neue Triumphe feiern. Wie man es in Detigheim von jeher gewohnt ist, wird dem gesanglichen und musikalischen Element zur Einführung in die Handlung, zur Belebung, Steigerung und Überleitung der Auftritte, zur Auslösung der dramatischen Höhepunkte und seelischen Hochspannungen eine bedeutende Aufgabe zugewiesen.

In einem großartigen Szenarienbild wird dem Besucher die spannende „Toll“-Handlung zum Erlebnis. In so reichgegliederter Form und Schönheit erlebt man wohl kaum sonstwo den Abzug der Hirten von der Alm, den prächtigen Jagdzug, das reizende Liebesgeplänkel zwischen Rudenz und Berta von Bruned, die spannende Apfelschuhzene und die weihevollen Prozeffion zur Bergkapelle. Auch für Besucher, die den „Toll“ schon öfter gesehen haben, wird eine Aufführung in Detigheim immer wieder zum nachhaltigen Erlebnis.

Die Spielzeit beginnt mit dem 12. Juni, von da an wird jeden Sonntag bis Ende September der „Toll“ über die Bühne schreiten. Der Notzeit Rechnung tragend, sind die Preise so herabgesetzt, daß auch dem Winderbemittelten der Besuch des schönen Spieles möglich ist.

Baden-Badens Theater sichergestellt. Der Kurvenschutz Baden-Baden stimmte dem vorgelegten Vorschlag der Verwaltung der Städtischen Schauspiele, der die Weiterführung des Theaters ab 1. August 1932 bis 1. April 1933 vorsieht, mit Mehrheitsbeschluß zu. Es besteht weiterhin die Möglichkeit, die Spielzeit auf 10 Monate zu verlängern. Der Zuschuß der Stadtverwaltung wurde auf 48.000 RM festgesetzt und in das Budget ein Mischfaktor eingefügt, der von dem Ensemble selbst zu tragen ist. Somit behält Baden-Baden bis auf weiteres sein eigenes Theater.

söhnen und für sich zu gewinnen, dann müßte man sagen, daß er wenigstens in dieser Beziehung sich als ein schlechter Psychologe erwiesen hat. Falls der Brief, den Herr von Papen jetzt an den Vorsitzenden der Zentrumsparlei, Prälat Dr. Kaas, geschrieben hat, nicht nur ein Akt der Höflichkeit sein soll, dann müßte man aus dem ganzen Tenor dieses Briefes den Schluß ziehen, daß Herr von Papen politisch und stimmungsmäßig die Einstellung seiner Partei falsch beurteilt hat.

Allem Anschein nach hat Herr von Papen, der heute wohl bereits nicht mehr offizielles Mitglied der Zentrumsparlei ist, in der Tat geglaubt, die Zentrumsparlei zu einer Politik der Tolerierung im Parlament bewegen zu können. Die Vermutung ist nicht ganz von der Hand zu weisen, daß eine solche Politik der Tolerierung möglich gewesen wäre, wenn sich ein anderer Kanzler dem Reichstag vorgestellt hätte. Herr von Papen aber wird das Zentrum nur in der Haltung schroffster Opposition gegenüberstehen. Man muß einmal den diesbezüglichen Leitartikel des angesehensten Blattes der Zentrumsparlei, der „Kölnischen Volkszeitung“ lesen, um jede Hoffnung auf eine Annäherung fahren zu lassen. Die „Kölnische Volkszeitung“ hat Herrn von Papen den „Epihalt des Zentrumsparlei“ genannt. (Epihalt war der Grieche, der seine Landsleute bei den Thermopylen an die Perser verriet.) Ist erst einmal ein solches Wort gefallen, dann gibt es wohl keine Veröhnung mehr.

#### Kabinett und Reichstag

So, wie die Dinge liegen, wäre die Annahme eines Minderheitsvotums gegen das neue Kabinett von Papen im Reichstag sicher. Deshalb wird der Reichskanzler unter Zustimmung seiner Kabinettsmitglieder und unter Zustimmung des Reichspräsidenten eine solche parlamentarische Niederlage erst gar nicht abwarten, sondern ist gleich zur Auflösung des Reichstags geschritten. Mit der Veröffentlichung des Auflösungsdekrets ist noch für heute zu rechnen. Inzwischen wird das Kabinett weiter amtierend, und gestützt auf den Artikel 48 und die Autorität des Reichspräsidenten diejenigen Maßnahmen treffen, die sich nach seiner Überzeugung als unbedingt notwendig erweisen.

Alles Interesse dürfte sich damit von heute ab schon auf die neue Reichstagswahl konzentrieren. Ob das Kabinett von Papen vor das neugewählte Parlament treten wird, oder ob, unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses, sofort an die Bildung eines neuen Kabinetts herangegangen wird, das ist eine Frage, deren Beantwortung zur Zeit noch vermieden wird.

In Opposition zum Kabinett von Papen stehen die Sozialdemokraten, die Kommunisten, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und — nach ihren neuesten Erklärungen — die Staatsparlei. Erhalten alle diese Parteien zusammen bei den Neuwahlen eine Mehrheit, dann wäre das Schicksal des Kabinetts von Papen, rein parlamentarisch gesehen, von vornherein besiegelt. Indessen nimmt man nicht an, daß das Kabinett v. Papen als solches und in dieser Zusammensetzung vor den neuen Reichstag treten wird. Damit würden sich die Nationalsozialisten selbstverständlich nicht begnügen, daß ihnen jetzt einige Wünsche erfüllt werden, und daß sie im übrigen auch weiterhin von der Übernahme der Macht ferngehalten werden. Also ist damit zu rechnen, daß nach den neuen Reichstagswahlen ein neues, nationalsozialistisch beeinflusstes Kabinett gebildet wird.

Allerdings muß auch dieses Kabinett im Parlament eine Mehrheit finden. Erringen die Parteien der Rechten bei der nächsten Reichstagswahl nicht allein für sich die Mehrheit, dann ist jedes Kabinett im Parlament auf die Zustimmung des Zentrums angewiesen. In einzelnen Zeitungen ist jetzt bereits davon zu lesen, daß man auch vor mehreren Reichstagsauflösungen nicht zurückzureden würde, falls das Reichskabinett in der Minderheit bleibt. Man spricht aber auch von der Idee der Einberufung einer „neuen, verfassungsgebenden Nationalversammlung“, die dann ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit fassen könnte. Wie sich eine solche Maßnahme mit der bestehenden Verfassung vereinigen ließe, wird allerdings nicht gesagt.

Die Parteien rüsten bereits zum neuen Reichstagswahlkampf. Als erste ist die Deutschnationale Volkspartei mit einer Erklärung hervorgetreten. Darin heißt es, „der Wahlkampf müsse die Systemparteien, Zentrum und Sozialdemokratie, von der Gestaltung der deutschen Politik ausschalten; an der Entscheidung, die nach den Reichstagswahlen über die Richtung der deutschen Politik fallen werde, würden die in der Deutschnationalen Volkspartei verkörperten Kräfte ihren Anteil beanspruchen und durchsetzen. Wiederaufstehung der deutschen Nation werde das Kennwort dieser Wahlen sein“.

Was die Lage in Preußen anlangt, so ist die Wahl eines Ministerpräsidenten unmöglich geworden, da gestern der Antrag der Rechten, die alte Geschäftsordnung für die Ministerpräsidentenwahl wiederherzustellen (einfache Mehrheit), mit Hilfe der kommunistischen Stimmen abgelehnt wurde. Gleichzeitig wurde aber ein regelrechtes Minderheitsvotum gegen die als Geschäftsministerium amtierende Regierung Braun angenommen. Gelingt es auch weiterhin in Preußen nicht, eine Regierung zu bilden, und gerät dadurch der ganze Staatsapparat in Unordnung, dann bleiben nur noch zwei Möglichkeiten übrig: entweder Neuwahlen oder Bestellung eines Reichskommissars.

## Regierung Herriot

### Minderheitsregierung der linken Mitte

Der Präsident der französischen Republik hat den Führer der Radikalen, Herriot, beauftragt, die Regierung zu bilden und Herriot hat angenommen. Er wird Ministerpräsident und Außenminister. Die neue Regierung wurde heute nach Gebild und dem Präsidenten vorgestellt. Sie setzt sich folgendermaßen zusammen:

Ministerpräsident und Außenminister: Herriot, Öffentliche Arbeiten: Daladier, Inneres: Chaumets, Krieg: Senator Paul Boncour, Luftfahrt: Painlevé, Marine: Legues, Landwirtschaft: Senator Gardey, Pensionen: Berthod, Justiz: Senator Menoult, Öffentlicher Unterricht: Senator de Monzie, Kolonien: Senator Albert Sarraut, Arbeit: Dalmer, Handelsmarine: Leon Meyer, Volkswohlfahrt: Senator Gobard, Handel: Julien Durand, Post: Ducaulle.

Es handelt sich um eine Minderheitsregierung, welche je nachdem die Unterstützung der Sozialisten oder der rechten Mittelgruppen braucht.

### Die schmale Basis Herriots

W.D. Paris, 4. Juni. (Tel.) Das Ministerium Herriot, das heute nach Gebild worden ist, hat, wenn man die Namen betrachtet, eine enge Basis, als man bis jetzt hatte annehmen können. Denn es gehören ihm außer den Radikalen nur wenige Parlamentarier aus anderen Gruppen an. Eine besondere Rolle spielt Marineminister Legues, der aus persönlichen Gründen, trotz seiner Zugehörigkeit zu den linksrepublikanern, stets gegen Lardieu gestimmt hat. Auffallend ist ferner, daß vor der Bildung des Kabinetts nicht einmal eine Unterredung zwischen Herriot und dem Sozialistenführer Blum stattfand, so daß also dieses Minderheitskabinetts sich gegenüber den Sozialisten eine Unabhängigkeit bemerkt hat, die bis jetzt kein einziges linksgerichtetes Kabinetts hatte. Interessant ist auch, daß kein einziges Mitglied des linken Flügels der Radikalen einen Posten im neuen Kabinett erhalten hat, mit Ausnahme von Mistler, den man im Ministerium für schöne Künste als Unterstaatssekretär untergebracht hat.

Die innerpolitische, namentlich die finanzielle Lage ist aber derart, daß eine sachliche Behandlung aller Probleme in der neugewählten Kammer zu erwarten ist, so daß also vorläufig die Parteipolitik in den Hintergrund treten dürfte. Die Stellungnahme Herriots zur Außenpolitik ist hinlänglich bekannt. Kriegsmilitarist Paul Boncour, der den Sozialisten den Rücken kehrt, ist aber in letzter Zeit deutlich von der Außenpolitik Lardieus distanzierter, wird jetzt der maßgebende Leiter der französischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz. Für Lausanne kommt außer Herriot vor allen Dingen der Finanzminister Germain Martin, von Beruf Professor für Finanzwissenschaft, der von der Notwendigkeit einer deutsch-französischen Verständigung, für die Frankreich Opfer bringen müsse, durchdrungen ist, in Frage. Goffentlich gelangt es ihm, seinen Standpunkt innerhalb der neuen Ministerkombination zur Geltung zu bringen. Herriot ist ein Mann der Verständigung, aber seine internationale Politik leidet unter gewissen Hemmungen. Im übrigen muß namentlich in der letzten Zeit bei ihm ein guter Wille anerkannt werden, und man kann nur hoffen, daß er sich fernhalten wird von jenen Radikalen, die vor der englischen Initiative einer Weltwirtschaftskonferenz warnen.

Der sozialistische Abgeordnete Bouisson ist Freitag nachmittag mit 504 von 554 abgegebenen Stimmen zum Kammerpräsidenten wiedergewählt worden. Senator Jeanneney wurde mit 228 von 245 abgegebenen Stimmen an Stelle des zum Präsidenten der Republik gewählten bisherigen Senatspräsidenten Lebrun zum Senatspräsidenten gewählt.

## Aus dem Preußenlandtag

### Rückkehr zur alten Geschäftsordnung abgelehnt

Der Preussische Landtag hat sich am Freitag verlagert, nachdem er schließlich beschlußunfähig geworden war. Ein Deutschnationaler Antrag auf Wiederherstellung der alten Geschäftsordnung erhielt nur 202 gegen 212 Stimmen, da die Kommunisten dagegen stimmten. Für den Antrag stimmten die Nationalsozialisten, Deutschnationale und Christlichsoziale, Deutsche Volkspartei und der Deutschhannoveraner (Rufe bei den Nationalsozialisten).

Es bleibt also zunächst dabei, daß zur Wahl eines neuen Ministerpräsidenten die absolute Mehrheit erforderlich ist. Das ist eine zahlenmäßige Unmöglichkeit. Das geschäftsführende Kabinett Braun, das dazu noch ein Minderheitsvotum erhielt, wird also vorläufig im Amt bleiben. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß die Reichsregierung einen Reichskommissar von Preußen ernannt.

Vor der Beschlußunfähigkeit wurde ein kommunistischer Antrag, dem Geschäftsministerium Braun-Seydewitz das Minderheitsvotum auszusprechen, mit 253 Stimmen der Rechten und der Kommunisten angenommen. Die übrigen Parteien nahmen an der Abstimmung nicht teil, weil sie diese nicht für zulässig hielten.

Die nächste Sitzung wird voraussichtlich am 22. Juni stattfinden.

## Die Strafanträge im Elvarek-Prozess

### Das Milieu der Stadt Berlin

Oberstaatsanwalt Steinwörter wies bei der Begründung der gemeldeten Strafanträge u. a. darauf hin, daß die Schuld der Elvareks größer sei. Ihre Schuld sei größer als die der Beamten, deswegen, da sie die Korruption in die Stadt Berlin hineingetragen hätten. Immerhin müsse beachtet werden, daß auch das Milieu der Stadt Berlin mitschuldig sei, daß die Parteien einen ungebührlichen Einfluß auf die Verwaltung der Stadt hätten. Man könne nicht verschweigen, so fuhr der Staatsanwalt fort, daß es der Dienstaufsicht durch Oberbürgermeister a. D. Böß an der nötigen Energie gefehlt habe. Böß hätte aufpassen müssen, was in der städtischen Verwaltung vor sich gegangen sei. Es sei eine unerfreuliche Tatsache, daß Böß vor Gericht gesagt hätte: „Ich habe nichts davon gewußt“. Der oberste Beamte der Stadt Berlin sei seinen Beamten mit schlechtem Beispiel vorgegangen. Man brauche nur die Pelzaffäre und den Bezug von Garbentuch zu erwägen. Es sei eine recht fragwürdige Angelegenheit, daß die Beamten nur auf Grund ihrer Parteizugehörigkeit in ihre Ämter gekommen seien.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Freiherr von Neurath, begibt sich heute für einige Tage nach London, um sich dort zu verabreden.

Sozialdemokratischer Minderheitsantrag gegen das Kabinett v. Papen. Die Sozialdemokratische Reichsfraktion hat ein Minderheitsvotum gegen das Kabinett v. Papen eingebracht. Geheimrat v. Kaufmann-Affer wurde zum Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung ernannt.

Macdonald wird bereits Montag von seinem Urlaub nach London zurückkehren.

## Schweres Erdbeben in Mexiko

W. Mexiko, 4. Juni. (Tel.) Fast das gesamte Gebiet der Vereinigten Staaten von Mexiko ist von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden. Die Zahl der Opfer beträgt nach den bisher vorliegenden Meldungen mehr als 60. Hunderte von Personen sollen verletzt sein. Wie aus der Provinz gemeldet wird, sollen mehrere kleine Städte nahe zu vollkommen zerstört worden sein. Allein aus der Provinz Guabajaera werden bis jetzt 30 und aus Colima 17 Tote gemeldet.

## Kleine Chronik

Ein Sportflugzeug, das in Johannistal bei Berlin bei der chemischen Fabrik Kemmler-Werke abstürzte, durchschlug das Dach eines Arbeitsraumes. Dabei wurden neun Personen verletzt. Eine Arbeiterin ist ihren Verletzungen bereits erlegen. Der Pilot kam mit unbedeutenden Verletzungen davon. Der Führer des Unglücksflugzeuges war der Sportflieger Gabriel, der eine Eigentouristik ausprobierte wollte.

Bei einem in der Umgebung von Kassel niedergegangenen Gewitter wurden vier mit Feldarbeiten beschäftigte Frauen, die unter einem Birnbaum Schutz gesucht hatten, vom Blitz getroffen. Zwei Frauen wurden getötet, eine schwer und eine vierte leicht verletzt.

Zwischen Rotendorf und Lengfeld ist am Freitagvormittag der aus Westfalen stammende Flieger Kaleski von der Würzburger Fliegerschule, der in 1000 Meter Höhe Kunstflüge ausübte, tödlich abgestürzt. Etwa 50 Meter über dem Boden sprang der Pilot aus der Maschine, doch öffnete sich der Fallschirm nicht mehr. Der Absturz wurde durch Flügelbruch verursacht.

Im Vertikalfabrik in Danzig kam es Freitagabend bei einer Versammlung der KPD, zu der auch Kommunisten eingeladen waren, zwischen diesen und den Nationalsozialisten während der Diskussion zu einer schweren Schlägerei, bei der sieben Personen, sechs Kommunisten und ein Parteilofer, verwundet wurden.

## Badischer Teil

### Der Etat des Ministeriums des Innern angenommen

#### Badischer Landtag

(Fortsetzung des Berichts aus der gestrigen Nummer)

D. J. Karlsruhe, 8. Mai.

Der Badische Landtag erledigte am Freitag in ununterbrochener Sitzung

#### den Haushalt des Ministeriums des Innern,

der schließlich Annahme fand. Am kommenden Mittwoch beginnt die Beratung des Justizetats. Über den weiteren Verlauf der Freitagssitzung ist zu berichten:

Abg. Trinks (Soz.) führt aus, ohne die Bedeutung der Siedlung zu verkennen, darf es doch nicht — wie der Abg. Berggöb meinte — heißen: Zurück zum Agrarstaat! Die Siedlungsarbeiten werden besonders für die kinderreichen Familien das Problem nicht lösen. Es sei zu begrüßen, daß nun auch in Baden eine Siedlerberatungsstelle eingerichtet wurde. Damit werde hoffentlich auch bei uns Leben in die Bewegung kommen.

Der Redner empfiehlt den Antrag seiner Fraktion (den sich der Ausschuss zu eigen gemacht hat), daß es auch den Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfängern ermöglicht werden soll, eine Siedlerstelle zu übernehmen. Die Zahl der landwirtschaftlichen Schulen müßte noch vermehrt werden, zumal die Mannheimer DLG-Ausstellung erneut gezeigt habe, wieviel der Bauer heute wissen muß, um seinen Hof zu bewirtschaften. Die Bälle seien nicht das Heilmittel für die Landwirtschaft. Schuld an ihrer schlimmen Lage sei die Arbeitslosigkeit. Der Weg vom Produzenten zum Konsumenten müsse auf genossenschaftlichem Wege verringert werden. Auch der Arbeiter habe ein lebhaftes Interesse an einer existenzfähigen Landwirtschaft.

Abg. Frhr. von Marschall (Natsoz.) begründet seinen Antrag, wonach der für den Luftverkehr vorgesehene Betrag entsprechend der Regierungsvorlage auf 100 000 RM. festgesetzt und der über den Beschluß des Ausschusses hinausgehende Betrag dadurch aufgehoben werden soll, daß der Bezug eines badischen Beamten, einschließlich der Minister, 12 000 RM. nicht übersteigen darf. Es bestehe die Gefahr der Einschränkung, wenn nicht Einstellung der badischen Flugtreden und damit der Entlassung zahlreicher Arbeitskräfte.

Abg. Gügle (Staatsp.) spricht über die Vorlage der Landwirtschaft. Solange sich das Ausland hermetisch abschließe, werden wir ohne Schutzmaßnahmen für unsere heimischen Erzeugnisse nicht auskommen. Ohne den Butterzoll wäre an eine Aufrechterhaltung der deutschen Milchwirtschaft nicht zu denken. Das Milchgesetz war eine erfreuliche Maßnahme, wenn es auch von den Bauern nicht mit offenen Armen aufgenommen worden sei. Die badischen Milchgenossenschaften hätten Vortreffliches geleistet. Das oberbadische Fleckvieh habe auf der Mannheimer Ausstellung ausgezeichnet abgeschnitten. Der Redner schließt: Was der Bauer verlange, sei eine sichere Existenz mit einer bescheidenen Rentabilität.

Abg. Bod (Komm.) spricht vom unaufhaltenden Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Damit breche auch das parlamentarische System zusammen. Es bestehe nicht einmal mehr ein Erörterungsrecht, wie die Kontingierung der Arbeitszeit beweise.

Der Redner lehnt die Siedlungsabw. Er ist gegen die Siedlung und für eine andere Bodenverteilung. (Ein Ruf des Zentrumsabgeordneten Honikel, Abg. Bod würde von Landwirtschaft nichts verstehen, veranlaßt die Kommunisten zu stürmischen Entrüstungsrufen.)

Abg. Brigner (D. Vp.) appelliert an die Verbraucher, die heimischen Erzeugnisse zu bevorzugen und dadurch die Absatzmöglichkeit zu fördern. Der Redner unterbreitet Wünsche der Hopfen- und Tabakpflanzer.

Abg. Grohmann (Soz.) setzt sich für die Bodenseefischer ein, freit sich über die Regelung der Personalkontingierung bei den Heil- und Pflegeanstalten und unterstreicht die Wichtigkeit der Siedlungsabw.

Abg. Reckleiter (Komm.) übt lebhaft Kritik am Kapitel „Wohnungsfürsorge“.

Abg. Hartmann (Zentr.) spricht zur Gewerbeaufsicht und zu den Verhältnissen im Zigarrengewerbe. Den Gemeinden, die nicht mehr in der Lage seien, ihre Ausgehenden zu unterstützen, müsse geholfen werden. Der Redner empfiehlt, in größerem Umfang Kostenträger durchzuführen.

Abg. Frau Siebert (Zentr.) bedauert lebhaft die Kürzung des Landesanteils für die Fürsorgeverbände, wie auch die Schmälerung der Zuwendungen an die Organisationen der freien Wohlfahrtspflege. Die Rednerin erinnert dabei an die Leistungen der katholischen Caritas zur Linderung von Not und Elend.

Abg. Berggöb (Ev. Vd.) wirft nochmals die Siedlungsfrage auf.

## Aufent

den Kindern zuliebe eine recht herzliche Bitte um Mithilfe aller Freunde der Kinder!

Der Notwinter 1931/32 ist zu Ende. Wir sagen allen Helfern und Spendern unseren allerherzlichsten Dank. Gemeinsames Opfer und gemeinsames Wollen haben ein groß Stück Not gelindert. Mit dem Frühling und dem Sonnenschein haben sich auch unsere Hoffnungen auf eine Besserung der Verhältnisse eingestellt. Vor uns allen aber liegt noch eine recht große und verantwortungsvolle Aufgabe:

### Das Werk der Kindererholung 1932.

Die Kinder unseres Heimatlandes sollen wieder froh und gesund gemacht werden. Die Kinder sollen für Wochen in Waldkolonien und Ferienheimen bei guten Menschen ein glückseliges Kinderland erleben.

Die unterzeichneten Verbände der freien Wohlfahrtspflege, vereint in der Badischen Rotgemeinschaft (Landesorganisation), richten daher wiederholt an alle Freunde der Kinder die recht herzliche und große Bitte, helfe alle durch ein beabsichtigtes Opfer zum Gelingen dieser wichtigen Aufgabe aller Winterhilfsarbeiten! Helfe den Kindern zu Gesundheit und Kindesglück, helfe, daß am 15. Juni die gelb-roten 50. Pf.-Lose „Wir wollen helfen!“ ausverkauft sind und die sommerliche Erholungszeit für die Kinder ausgenutzt werden kann. Jedes verkaufte Los ist unsern Kindern gesundheitlicher Gewinn. Helfe bitte, diese gegenwärtig doppelt schwierige und schwerwiegende Aufgabe durch alleseitige Tatbereitschaft beenden. Helfe uns bitte, Kinder froh und gesund zu machen!

#### Badische Rotgemeinschaft (Landesorganisation):

- Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e. V.
- Badischer Gesamtverband der Inneren Mission.
- Bund israelitischer Wohlfahrtsvereinigungen in Baden.
- Badischer Frauenverein vom Roten Kreuz.
- Badische Landesgruppe des 5. Wohlfahrtsverbandes.
- Landesauschuss für Arbeiterwohlfahrt in Baden.
- Christliche Arbeiterhilfe, Landesauschuss Baden.
- Verband altkatholischer Frauenvereine Deutschlands, Landesverband Baden.
- Badischer Männerverein vom Roten Kreuz.
- Badischer Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose.
- Badischer Landesverband für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.
- Glückslose „Wir wollen helfen!“ sind erhältlich in allen Losverkaufsgeschäften und in allen Vereinen, wenn nicht, durch die Badische Rotgemeinschaft, Karlsruhe, Friedrichsplatz 7, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 360.

Abg. Frau Fischer (Soz.) führt aus, die Gemeinden im Grenzland Baden litten besonders schwer unter den Fürsorgekosten. Die Rotgemeinschaft konnte deshalb so gut arbeiten, weil sich die Wohlfahrtsverbände mit ihrer ganzen Kraft zur Verfügung stellten.

Abg. Fischer-Konstantz (Staatsp.) mißbilligt das Arbeitstempo des Landtags. Er macht einige Ausführungen über die Hilfe für den Neuausbau, nämlich Vermehrung von Gärten bei Umsiedlung des Personals der Heil- und Pflegeanstalten und schließt schließlich die Lage des Handwerks, die eine sehr traurige sei. Die Stadt Konstanz habe angesichts der von ihr gebrachten großen Opfer ein lebhaftes Interesse an der Erhaltung des Luftverkehrs. Die Ausführungen des Abg. Grohmann zugunsten der Bodenseefischer werden vom Redner unterstützt.

Abg. Ewald (Ev. Vd.) begründet einen Antrag, die Regierung wolle prüfen, ob die Zuwendungen an die Familien anlässlich der Geburt des siebenten und jedes weiteren Kindes im Rahmen des Staatshaushalts in früherem Umfang wieder gewährt werden können. Empfehlende Worte findet der Redner für die Wünsche der Gendarmeriebeamten.

Die Aussprache ist damit beendet. — Die Uhr zeigt inzwischen 2 45 Uhr.

#### Die Abstimmung,

die geraume Zeit in Anspruch nimmt.

Der Voranschlag des Innenministeriums wird mit den Stimmen der Regierungsparteien, der Staatspartei und des Evang. Volksdienstes angenommen. — Auch die Einzelvoranschläge — Badeanstalten und Wohnungsfürsorge — werden genehmigt. — Die zahlreichen Anträge finden im Sinne der Ausschussbeschlüsse Erledigung.

Aufhebung der Immunität des Abg. Köhler (Natsoz.).

Abg. Grohmann (Soz.) berichtet namens des Geschäftsausschusses über den Antrag des Rechtsvertreters des Zentrumsabgeordneten Hilbert auf Aufhebung der Immunität des Abg. Köhler (Natsoz.) wegen Beleidigung des Abgeordneten Hilbert.

Es handelt sich um eine im Anschluß an den Zusammenstoß des nationalsozialistischen Abgeordneten Kraft mit dem Abg. Hilbert in der Landtagsitzung vom 17. April im „Führer“ veröffentlichte und vom Abg. Köhler unterzeichnete Erklärung der Landtagsfraktion der NSDAP.

Der Ausschuss empfiehlt, dem Antrag stattzugeben.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Bod (Komm.), beschließt das Haus in diesem Sinne, gegen die Stimmen der Opposition.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 8. Juni, nachm. 4 Uhr. Schluß der heutigen, achtundzwanzigstündigen Sitzung um 16 Uhr.

**Funktionieren Ihre Nieren?**  
Trinken Sie mal einige Zeit  
**Überkinger  
Adelheidquelle**  
dann kann's nimmer fehlen. Sie bekommen sie überall. Das interessante Prospekt mit den frapanten ärztl. Gutachten schickt Ihnen kostenlos die  
**Mineralbrunnen A.-G.  
Bad Überkingen**

Gen.-Vertr.: Bahm & Bassler, Mineralbr.-Vertrieb, Karlsruhe, Zirkel 30, Telefon 255.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen: Die über Skandinavien gelegene Zyklone hat sich südwärts verlagert und zum beherrschenden Aktionszentrum für die Witterung Europas entwickelt. Von der Rückseite dieser Zyklone sind schon gestern nachmittags polare Luftmassen hinter einer Gewitterdeck bei uns eingedrungen. Seitdem ist das Wetter kühl und unbeständig geworden. Eine Änderung steht für morgen noch nicht bevor. **Voraussetzungen:** kühl und unbeständig, zeitweise gewittrige Regenschauer. **Wassersstände:** Badstätt 318 minus 6, Basel 128 minus 6, Schutterinsel 184 minus 10, Reih 330 minus 10, Nagau 507 minus 8, Mannheim 402 minus 12, Caub über 200 Zentimeter.

## Aus der Landeshauptstadt

### Notkreuztag am 12. Juni

Der Notkreuztag ist wieder in Sicht und wird im ganzen Deutschen Reich am 12. Juni begangen. Der Badische Frauenverein und die Sanitätskolonne werden wie alljährlich ihre fleißigen, ehrenamtlichen Kräfte in den Dienst der Straßenreinigung stellen und bitten die Karlsruher Bevölkerung recht herzlich, diese Straßenreinigung wohlwollend zu unterstützen, gilt es doch, viele Pfennige zu einem stattlichen Betrag zu sammeln, um nach Möglichkeit kranken Müttern und Kindern helfen zu können.

Um diese Hilfsgebanten in weitere Kreise zu tragen, ist der Badische Frauenverein seit Wochen bemüht, einen fröhlichen Familien- und Kinder-Nachmittag in der Festhalle herbeizuführen. Über 200 Karlsruher Kinder werden in Bild und Lied die vier Jahreszeiten bringen. Frau Kunstmalers Eichrodt hat nicht nur die reizenden Kostüme entworfen, sie hat auch in unermüdlicher Lebenswürdigkeit die Regie der Ausführung übernommen; alle Arten von reizenden Blümen und Vögeln wird es zu sehen geben, seit Wochen arbeiten fleißige, geschickte, aufopfernde Frauenhände. Frau Bauer-Genter mit ihren humorvollen Vorträgen wird jung und alt erfreuen und der Volkstanzkreis hat sich in liebenswürdiger Weise in den Dienst der guten Sache gestellt. Daß die tüchtige Polizeikapelle bei unserem Fest nicht fehlen darf, ist selbstverständlich; sie wird uns frohe Weisen und itzarme Märche blasen.

Wir wollen noch verraten, daß in den Pausen lustige Wettspiele für Buben und Mädchen stattfinden, die sogar Preise erringen können. Drum auf, zum 12. Juni in die Festhalle überall ist das Programm angezeigt, möge es uns ein recht volles Haus bringen in Anbetracht des guten Zwecks.

**Badisches Landestheater.** Die Neueinstudierung des von Viktor Bruch in Szene gesetzten Singspiels „Das Dreimäderlhaus“ mit der Musik nach Franz Schubert von Willner und Reichert, für die Bühne bearbeitet von Heinrich Berté, gelangt am Sonntag, dem 5. Juni, „Der 18. Oktober“, das eindrucksvolle Schauspiel von W. E. Schäfer, gelangt am Dienstag, dem 7. Juni, zur Wiederholung. Am Donnerstag, dem 8. Juni, zur Wiederholung. Am Donnerstag, dem 9. Juni, geht Müller-Schöllers Komödie „Schneider Wibbel“, die ihre hiesige erfolgreiche Erstaufführung im Jahre 1915 hatte, von Felix Baumbach neuinstudiert und mit Paul Müller in der Titelrolle zum erstenmal wieder in Szene. Die nächste Wiederholung von Gerhart Hauptmanns Drama „Vor Sonnenuntergang“ findet als Volksbühnenvorstellung am Freitag, dem 10. Juni, statt, das Singspiel „Das Dreimäderlhaus“ gelangt in der jetzigen Neueinstudierung am Samstag, dem 11. und Bagner's „Lohengrin“ am Sonntag, den 12. Juni, zur Wiederholung, letztere Oper zu kleinen Preisen.

## Kurze Nachrichten aus Baden

### Von der Mannheimer Ausstellung

#### Referatbesuch

D. J. Mannheim, 4. Juni. Die DLG-Ausstellung wurde gestern von 65 000 Personen besucht. Darunter befanden sich 14 000 Schulkinder aus Mannheim, Nordbaden und aus der Pfalz. Bisher haben auch schon 7000 Mitglieder der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft die Ausstellung besucht. Insgesamt hat man an den vier Ausstellungstagen bereits 154 000 Besucher gezählt.

#### Ein großer Erfolg der badischen Milchwirtschaft

Wie alljährlich, fand auch dieses Jahr im Rahmen der DLG-Wanderausstellung in Mannheim ein Preiswettbewerb für Milch und Molkereierzeugnisse statt. Die badische Milchwirtschaft hat sich an diesem Wettbewerb mit 45 Milchproben (rohe und erhitze Milch), 30 Butterproben, 29 Käseproben verschiedener Sorten beteiligt und konnte hierbei trotz schärfer Konkurrenz nicht weniger als 11 Siegerpreise, 34 erste Preise und mehrere zweite Preise erringen. Dieser Erfolg zeigt dem Verbraucher, daß es der badischen Milchwirtschaft ernst ist mit dem Bestreben, nur einwandfreie Erzeugnisse auf den Markt zu bringen.

#### Die Streiks bei den Wasserbauten

D. J. Girsborn, 4. Juni. Gestern nachmittags gegen 2 Uhr kam es an der Staustufe Girsborn zu größeren Streikunruhen. Ein größerer mit Säcken bewaffneter Trupp suchte die Arbeitenden von der Baustelle zu vertreiben, wobei es zu einer Schlägerei kam, bei der die Polizei Schreckschüsse abgab und mit dem Gummihüpfel eingreifen mußte. Verschiedene Beteiligte trugen leichtere Verletzungen davon. Die Polizei zog aus der Umgebung Verstärkung herbei. Am späten Nachmittag war die Ruhe wieder hergestellt.

Abg. Kleintembs, 4. Juni. Der vor einigen Tagen beim Großkraftwerk Kembs ausgebrochene Streik, der 400 Arbeiter umfaßt, ist jetzt beigelegt worden. Sowohl auf dem badischen, wie auf dem rheinischen Rheinufer haben die Arbeiter am Samstag die Arbeit wieder aufgenommen. Maßregelungen finden nicht statt. Auf der Baustelle des Großkraftwerks Albrunn-Dogern, dauert der Streik dagegen noch an. Es bestehen bis jetzt noch keine Aussichten, daß die dort beschäftigten 875 Arbeiter wieder zur Arbeit antreten. Die Arbeitsgemeinschaft Hochfließ-Wulter hat gegenwärtig größere Tiefbauarbeiten durchzuführen, die seit dem 23. Mai bis auf die notwendigen Pumparbeiten vollständig ruhen. Auch auf dem Schlachferwerk dauert der Streik noch an.

Abg. Heidelberg, 4. Juni. Die Heidelberger Straßen- und Bergbahngesellschaft konnte dieser Tage ein Jubiläum begehen: am 1. Juni waren 25 Jahre vergangen, seit die obere Bergbahn zwischen der Mollenkur und dem Königstuhl in Betrieb ist.

Abg. Altschweier, 4. Juni. Die Reife der Erdbeeren ist trotz der durch das kalte Frühjahr hervorgerufenen Verzögerung so weit vorgeschritten, daß am heutigen Samstag der in ganz Deutschland bekannte Erdbeermarkt eröffnet wurde. Die in den letzten Tagen zum Verkauf kommenden Erdbeeren kosteten 1 RM das Pfund. Da die Ernteausichten gut sind, so ist ein baldiges erhebliches Sinken der Preise zu erwarten.

Abg. Konstanz, 3. Juni. Vor dem Erweiterten Schöffengericht wurde gegen den verheirateten früheren Kassier und Rechnungsführer an den Vereinigten Stadttheatern Konstanz-Schaffhausen und Winterthur, Wilhelm Dreher, wegen fortgesetzter Unterschlagung, Untreue, Urkundenfälschung verhandelt. Der Sachverständige hat einen Unterschlagungsbetrag von insgesamt 15 243 RM. errechnet. Das Gericht erkannte wegen fortgesetzter Unterschlagung im Zusammenwirken mit Untreue auf eine Gefängnisstrafe von 10 Monaten, 5 Monate Untersuchungshaft werden angerechnet.

Der Verein Südwestdeutscher Zeitungsverleger wird seine nächste Tagung in Hühl abhalten.

### Gemeinderundschau

Von der Verkehrsvereinsgemeinschaft Hochschwarzwald. Die in Wintergarten tagende Generalversammlung der Verkehrsvereinsgemeinschaft Hochschwarzwald wählte einstimmig Regierungsdirektor Dr. Oswald, Reustadt, zum 1. Vorsitzenden an Stelle des nach Engen verstorbenen Landrats Friedl und sprach sich für die Eingliederung von Bengel, Bonndorf, St. Margen-Thurner und Alglashütten in den Verkehrsbericht aus, neben den bisherigen Orten St. Blasien, Feldberg, Schluchsee und Titisee. Ferner wurde beschlossen, dahin vorstellig zu werden, daß der Benzinzoll nicht nur für die Personenautos, sondern auch für die Höhenwagen der Schweiz erlassen wird. — Eine Hotelierversammlung hat sich mit der Frage einheitlicher Pensionspreise befaßt.

Mißstände im kleinen Grenzverkehr Baden-Elsaß. Das französische Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten hat Klage darüber geführt, daß in der letzten Zeit zahlreiche deutsche Staatsangehörige die in ihren Grenzorten angegebenen Gebietsabschnitte überschritten und sich unberechtigt außerhalb der Grenzen aufgehalten hätten. In Zukunft werde gegen diese Verstöße strengstens eingeschritten werden.

Stadtgemeinde Zell i. B. gegen Bürgermeister Dr. Walb. In einem Streit der Stadtgemeinde Zell i. B. in Freiburg gegen ihren bisherigen Bürgermeister auf Zurückzahlung unberechtigt erhobener Steuern und auf Ungültigkeitserklärung des bestimmten Autovertrags, ist Bürgermeister Walb zur Zahlung von 3554,13 RM. zu viel erhobener Steuern verurteilt worden. Außerdem wurde der sogenannte Autovertrag für ungültig erklärt.

### Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	4. Juni		3. Juni	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	170,88	171,22	170,78	171,12
Kopenhagen 100 Kr.	84,82	84,98	84,77	84,93
Italien . . . 100 L.	21,63	21,77	21,62	21,66
London . . . 1 Pf.	15,53	15,57	15,52	15,56
New York . . . 1 D.	4,209	4,217	4,209	4,217
Paris . . . 100 Fr.	16,61	16,65	16,61	16,65
Schweiz . . . 100 Fr.	82,39	82,55	82,39	82,55
Wien 100 Schilling	51,95	52,05	51,95	52,05
Brag. . . . . 100 Kr.	12,465	12,485	12,465	12,485

Zunahme der Spareinlagen. Der Spareinlagenbestand bei den Sparkassen des Deutschen Reichs hat im April eine Zunahme von 9951,2 auf 9955,3 Millionen Reichsmark erfahren. Die Gesamtgutschriften stellten sich im Berichtsmonat auf 488,8 (März 43,5) Millionen Reichsmark, von denen 17,4 (30,4) Millionen Reichsmark auf Zins- und 46,5 (18,8) Millionen Reichsmark auf Aufwertungs-gutschriften entfallen. Neueinzahlungen von 424,9 (384,3) Millionen Reichsmark stehen Auszahlungen im April in Höhe von 434,2 (470,8) Millionen Reichsmark gegenüber. Im Giroverkehr hat der Einlagenbestand im April einen Rückgang auf 1250,6 (1258,5) Millionen Reichsmark erfahren.

Tarifverhandlung zwischen Deutschland und der Schweiz. Anlässlich der Jubiläumsfeierlichkeiten der Gotthardbahn in Luzern, fand eine Regierungskonferenz zwischen Vertretern des schweizerischen Post- und Eisenbahndepartements und dem deutschen Reichsverkehrsministerium sowie Vertretern der deutschen Bundesbahnen und der Deutschen Reichseisenbahn unter Hinzuziehung von Vertretern der Wafler Rheinbahn statt. Es wurde bei diesen Besprechungen eine Vereinbarung über die Abfahrtszeiten der schweizerischen Bundesbahnen über Basel nach der mittleren und Ostschweiz erzielt.

Schleppschiffahrt auf dem Neckar. Die Hauptversammlung genehmigte die Regularien für 1931. Der Bruttogewinn beträgt 86 645 (i. V. 48 292) RM, die Abschreibungen erforderten 35 424 (40 044) RM, so daß ein Reingewinn von 1220 (8248) RM verbleibt. Unter Berücksichtigung des Verlustvortrags aus 1930 mit 40 093 RM (i. V. aus 1929 mit 48 341 RM) verbleibt noch ein Verluslvortrag von 38 872 RM. Nach dem Bericht war der Wasserstand im Geschäftsjahr 1931 günstig. Die Boote waren immer beschäftigt. Infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise fehlte es aber vielfach an Gütern, so daß die in normalen Jahren gewöhnliche Anzahl von Schleppzügen nicht erreicht wurde. Im Frühjahr wurde die Schleuse bei Neckarsteinach fertiggestellt. Die ersten Holzboote sind am 5. März durchgeschleppt worden.

### Staatsanzeigen

Den Bayerischen Volkshilfsverband in München wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt. Karlsruhe, den 21. Mai 1932. Der Minister des Innern.

Buchmacher in Baden-Baden. Dem Hans Höpfer in Baden-Baden wurde die Erlaubnis erteilt, bis 31. Dezember 1932 im Erdgeschoss des Hauses Lichtentaler Straße 16, sowie anlässlich der vom Internationalen Klub veranstalteten Rennen auf der Rennbahn in Pfaffenloosverkauf.

heim gewerksmäßig Betten bei öffentlichen Leistungsprüfungen für Pferde abzuschießen oder zu vermitteln. Karlsruhe, den 21. Mai 1932. Der Minister des Innern.

Nach den Mitteilungen der Bezirksärzte waren am 1. Juni 1932 im Lande Baden verzeichnet mit:

Maul- und Klauenseuche:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Wiesloch	Wiesloch
Schweinepest:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Mannheim	Mannheim-Friedrichsfeld, Mannheim-Sedenheim, Hohenheim, Osterheim, Neilingen, Geddesheim
Weinheim	
Milchbrand:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Donauwörth	Böhrenbach
Offenburg	Nalzen
Sinsheim	Gaffelsbach
Waldshut	Urberg

Badisches Statistisches Landesamt.

### Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 7. bis 12. Juni.  
Im Landestheater:  
Dienstag, 7. Juni. \* C 28. Th.-Gem. 601-700. Hoffmanns Erzählungen. Von Offenbach. 20 bis gegen 22.30. (5,70).  
Mittwoch, 8. Juni. \* E 28. Th.-Gem. 701-800. Der fliegende Holländer. Von Wagner. 20-22.30. (5,70).  
Donnerstag, 9. Juni. \* C 28. Th.-Gem. 1. S.-St. Neu einführt: Schneider Bibbel. Komödie von Müller-Schöllfer. 20-22.15. (4,20).  
Freitag, 10. Juni. Volksbühne: Junivorstellung. Vor Sonnenuntergang. Schauspiel von Gerhart Hauptmann. 20 bis nach 22.30. (4,20). — Der vierte Rang ist für den allgemeinen Verkauf frei gehalten.  
Samstag, 11. Juni. Außer Werte. Das Dreimäderlhaus. Singpiel von Schubert-Verté. 20-22.45. (4,20).  
Sonntag, 12. Juni. Zu kleinen Preisen: Lohengrin. Von Wagner. 18.30-22.15. (4,20).  
Im Städtischen Konzerthaus:  
Freitag, 10. Juni. Zu kleinen Preisen: Vorstellung der Theater-Akademie: Hänfel und Gretel (1. Akt) von Humperdinck. — Hierauf: Als ich noch im Flügelkleide. Von Rehm und Freese. 20 bis nach 22. (0,60-1,50).

**Außergewöhnl. Verkauf**  
wegen Umzug  
zu stark zurückgesetzten Preisen  
Auf nicht ermäßigte Waren **10% Rabatt**  
HERRENMODEHAUS  
**Berta Baer**  
KAISERSTR. 126 (später Kaiserstr. 96)

**Rotkreuztag**  
12. Juni 1932  
**Großes Kinder- u. Familienfest**  
Nachmittags 3 Uhr in der Festhalle Eintritt 25 Rp.  
I. Die vier Jahreszeiten in Liedern und Reigen unter Mitwirkung von über 200 Karlsruher Kindern.  
Regie: Frau Kunstmaler Eichrodt.  
II. Lustige Vorträge . . . . . Frau Bauer-Genter  
III. Tänze des Volkstanzkreises. Mitwirkung der Polizeikapelle  
In den Pausen Spiele für Kinder mit Preisverteilung  
Bewirtung Krabbsack L. 904  
Der Erlös ist zugunsten unserer Kindererholung  
**Badischer Frauenverein vom Roten Kreuz**  
Saaleröffnung 2 Uhr. Vorverkauf ab 4. Juni b. Musikalienhandlung Tafel, Kaiserstr. 82a und Buchbinderei Schick, Waldstr. 21. Eintritt 25 Rp.

**Volksschauspiel Oetigheim**  
bei Baden-Baden  
Jeden Sonntag **700**  
12. Juni bis **Mitwirkende**  
2. Oktober **L. 906**  
**WILHELM TELL**  
Anfang 2 Uhr Eintritt von RM. 1,— an  
Vorverkauf Karlsruhe: Herdersche Buchhandlung, Musikhaus Müller, Germania-Kiosk, Verkehrsverein, Kaiserstr.

**Staatstechnikum**  
BADISCHE HÖHERE TECHN. LEHRANSTALT  
Karlsruhe, Moltkestraße 9  
Anmeldungen zum Besuch der Anstalt im bevorstehenden Winter-Studienhalbjahr sind schriftlich bis zum 15. Juni 1932 an die Direktion zu richten.  
Die Aufnahmeprüfungen für die Fachklassen sowie die Nachprüfungen finden von Donnerstag, den 13. bis Freitag, den 14. Oktober 1932 und die Aufnahmeprüfungen für die Vorbereitungs-klassen Samstag, den 15. Oktober 1932, statt.  
Die Einweisung der Studierenden ist am Montag, den 17. Oktober 1932, 10 Uhr.  
Der Unterricht beginnt am Montag, den 17. Oktober 1932, 14 Uhr.  
Alles Nähere ist aus dem Programm ersichtlich, das gegen Vereinfachung einer Gebühr von 0,50 RM zugänglich Porto erhältlich ist.  
Karlsruhe, im Mai 1932. L. 891  
Die Direktion:  
K. Eisenlohr.

**Die Merkmale von Neubert-Schuhen**  
sind:  
Wirkliche Schönheit ja Stolz in den neuesten Modellen  
Hygienische Ausführung in unerreichter Art  
Wunderbare Passformen die die Träger selbst weiter empfehlen  
Riesige Auswahl für alle Arten Füße **Damenschuhe ab 7,50 RM.**  
Ein Versuch wird auch Sie überzeugen  
**Reformhaus Neubert, Karlstr. 29 a**

**Spezial-Reparaturwerkstatt für Büro-, Schreib- und Rechenmaschinen, Vervielfältigungsapparaten usw.**  
fachmännische Ausführung bei billigster Berechnung  
**Gustav Schellinger, Mechanikermeister**  
Spezial-Reparaturwerkstatt für Büromaschinen  
**Karlsruhe i. B., Kaiserstraße 225, Telefon Nr. 6247**

**Dächer**  
in Bitumenpappe und -Gewebe  
führt aus  
**Rheinische Asphalt- und Zementplattenfabrik**  
G. m. b. H.  
**Karlsruhe-Hafen**  
Wir werben für Sie!

**Badisches Landestheater**  
Sonntag, den 5. Juni 1932  
Außer Werte  
Neu einführt  
**Das Dreimäderlhaus**  
Singpiel von Schubert-Verté  
Dirigent: Keilberth  
Regie: Kruschka  
Mitwirkende:  
Blum, Fischbach, Genter, Haberfort, Jant, Winter, Burt, Kilian, G. Lindemann, Eubach, Brand, J. Gröbinger, Herz, Goppach, Rainbach, Kiefer, Kloeble, Rehner, Preiter, Ritschl, Kraas, G. Gröbinger, Frey Kilian, Lindemann G., Schneit, J. Sonntag  
Anfang 20 Ende 22%  
Preise B (0,70-4,20 RM)

**Formulare**  
liefert preiswert  
**G. Braun GmbH.**  
Karlsruhe  
Karl-Friedrich-Straße 14

**PORPHYRWERK DOSSENHEIM**  
HANS VAYRER  
DOSSENHEIM  
Zusatz: 100% Kalk  
Zusatz: 100% Kalk  
**STRASSENBAU-MATERIAL**

118. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Josef Blumenfelder Witwe, Sohle geb. Ruppberger in Karlsruhe ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlussfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke Schlusstermin bestimmt auf: Freitag, den 1. Juli 1932, vormittags 11 Uhr vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Stadtm. 8, 3. Stod. Zimmer Nr. 253. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. I.

**Badische Bank**  
Mannheim — Karlsruhe  
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen  
L. 899

Drud G. Braun, Karlsruhe